

**Niederschrift über die
Sitzung des Ausschusses für Kreisentwicklung, Wirtschaft und Demographie
(11. Wahlzeit) des Landkreises Trier-Saarburg
am 27.11.2019 im Sitzungssaal der Kreisverwaltung in Trier.**

Beginn: **17:00** Uhr

Ende: **18:00** Uhr

Anwesenheit

Vorsitz

Herr Landrat Günther Schartz

Mitglieder

Herr Wolfgang Benter

Herr Boris Bulitta

Herr Karl-Heinrich Ewald

Herr Christian Kiefer

Herr Dieter Klever

Herr Martin Monzel als Vertreter für Herrn Olaf Bollig

Herr Dr. Detlef Müller-Greis

Herr Uwe Roßmann

Herr Joachim Trösch

Herr Prof. Dr. Waldemar Vogelgesang

mit beratender Stimme

Herr Kreisbeigeordneter Helmut Reis

Verwaltung

Herr Hermann Becker

Frau Anne Hennen

Herr Joachim Maierhofer

Herr Rolf Rauland

Herr Johannes Rausch

Herr Norbert Rösler

Frau Beate Weber (Anw.)

Schriftführer

Herr Thomas Dohm

nicht anwesend:

Herr Willi Arnoldy als Vertreter für Herrn Christian Zöpfchen entschuldigt

Herr Olaf Bollig entschuldigt

Herr Christian Zöpfchen entschuldigt

mit beratender Stimme

Herr Erster Kreisbeigeordneter Arnold Schmitt entschuldigt

Frau Kreisbeigeordnete Simone Thiel entschuldigt

Zur Geschäftsordnung

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Einführung und Verpflichtung der Ausschussmitglieder
Vorlage: 0293/2019
2. Verbundprojekt "Hauptamt stärkt Ehrenamt"
Vorlage: 0294/2019
3. Projekt zum Aufbau gesundheitsförderlicher Steuerungsstrukturen
Vorlage: 0295/2019
4. Projekt Gemeindegewerkschaft plus
Vorlage: 0296/2019
5. Förderung der Denkmalpflege aus Kreismitteln;
a) Antrag der Stadt Saarburg auf Gewährung eines Zuschusses zur Sanierung eines Teilbereiches der ehemaligen Stadtmauer
b) Antrag der Stadt Saarburg auf Gewährung eines Zuschusses zur Sanierung der Burgruine Saarburg
Vorlage: 0297/2019
6. Breitbandausbau im Landkreis; Information zum Sachstand
Vorlage: 0298/2019
7. Kreishaushalt 2020; Bereich Kreisentwicklung, Denkmalpflege, Wirtschaft
Vorlage: 0299/2019
8. Mitteilungen und Verschiedenes
Vorlage: 0300/2019

Öffentlicher Teil

1. Einführung und Verpflichtung der Ausschussmitglieder Vorlage: 0293/2019

Der **Vorsitzende** verpflichtete die an der Sitzung des Ausschusses für Kreisentwicklung, Wirtschaft und Demografie teilnehmenden Mitglieder, soweit sie noch nicht verpflichtet waren, namens des Landkreises Trier-Saarburg durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Pflichten. Er wies sie darauf hin, dass sie ihr Amt unentgeltlich nach freier, nur durch die Rücksicht auf das Gemeinwohl bestimmter Gewissensüberzeugung auszuüben hätten und an Weisungen und Aufträge ihrer Wähler nicht gebunden seien. Auf die entsprechenden Bestimmungen der Landkreisordnung zur Schweige- und Treuepflicht sowie der gewissenhaften Erfüllung der Amtspflichten wurde ebenfalls hingewiesen (§§ 14, 15 und 23 der Landkreisordnung - LKO -).

2. Verbundprojekt "Hauptamt stärkt Ehrenamt" Vorlage: 0294/2019

Der **Vorsitzende** nahm Bezug auf die Sitzungsvorlage und teilte mit, dass geplant sei, eine hauptamtliche Stelle für drei Jahre, so sei momentan die Befristung, zu schaffen. Dies sei eine gute Möglichkeit, die Ortsbürgermeister zu unterstützen bei Projekten rund um Demografie, Bevölkerungswandel, Soziales, Pflege, Alter, Jugend u.a. Die Information wurde sodann vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

3. Projekt zum Aufbau gesundheitsförderlicher Steuerungsstrukturen Vorlage: 0295/2019

Der **Vorsitzende** verwies auf die Sitzungsvorlage und erläuterte hierzu die Vorgehensweise. Es handele sich hierbei um ein Projekt, welches im Gesundheitsamt angesiedelt sei und über die Gemeinschaft der Krankenversicherungsträger unterstützt werde. Man werde im Rahmen des Gesundheitsamtes die bestehende Personalstelle entsprechend aufbauen. Die zuständige Mitarbeiterin, Frau Dr. Christine Becker, habe das Projekt in wesentlichen Teilen entwickelt. Die Angelegenheit spiele in der Kreisentwicklung eine wesentliche Rolle, da hier auch demografische Aspekte angesprochen werden. Ohne weitere Fragen der Anwesenden wurde der Bericht zur Kenntnis genommen.

4. Projekt Gemeindeschwester plus

Vorlage: 0296/2019

Der **Vorsitzende** verwies auf die Vorlage zu diesem Tagesordnungspunkt und teilte mit, dass das Projekt vom Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie abgelehnt worden sei. Offensichtlich sei man mit der hiesigen Vorgehensweise, die Einbindung der Verbandsgemeinden um die Gemeindeschwester als Betreuung für zu pflegende Personen vor Ort stärker einzusetzen, nicht einverstanden gewesen.

Anne Hennen stellte die Frage, ob das Projekt in der Zukunft nochmals beantragt werde.

Der Vorsitzende antwortete, dass davon ausgegangen werden könne. Die zuständige Abteilung werde zum gegebenen Zeitpunkt prüfen, ob und zu welchem Zeitpunkt eine nochmalige Antragstellung, gegebenenfalls in einer modifizierten Form, möglich sei.

Ausschussmitglied **Boris Bulitta** teilte mit, dass das Projekt in der Vergangenheit auf nur wenige Landkreise beschränkt gewesen sei und die Landesregierung die Absicht gehabt hätte, das Projekt auszuweiten. Er stellte die Frage, ob diese Beschränkung nach wie vor noch so reglementiert sei.

Der **Vorsitzende** führte dazu aus, dass es bei der Reglementierung durch die Landesregierung wohl weniger an finanziellen Dingen sondern vielmehr an inhaltlichen Aspekten gelegen haben könnte. Man werde hierzu über die zuständige Fachabteilung den Ausschuss mit einer schriftlichen Antwort informieren.

Eine entsprechende Stellungnahme der Leitstelle Familie liegt bei.

Ohne weitere Wortmeldung wurde der Inhalt der Vorlage zur Kenntnis genommen.

5. **Förderung der Denkmalpflege aus Kreismitteln:**

a) Antrag der Stadt Saarburg auf Gewährung eines Zuschusses zur Sanierung eines Teilbereiches der ehemaligen Stadtmauer

b) Antrag der Stadt Saarburg auf Gewährung eines Zuschusses zur Sanierung der Burgruine Saarburg

Vorlage: 0297/2019

Der **Vorsitzende** verwies auf die Sitzungsvorlage zu diesem Tagesordnungspunkt und erklärte, dass sich das Erscheinungsbild der Burg durch die jährlich wiederkehrenden Maßnahmen erkennbar positiv verändert habe.

Ausschussmitglied **Boris Bulitta** stellte die Frage, ob hinsichtlich der Sanierung des Kreiskrankenhauses Saarburg etwas in Planung sei und wie sich Saarburg hierzu einbringen könne.

Der Vorsitzende antwortete, dass seitens des Kreises eine Anfrage an das Innenministerium erfolgt sei, ob sich Saarburg beispielsweise über eine Sonderumlage o.ä. einbringen könne. Diese Anfrage sei inzwischen vom Ministerium zuständigkeitshalber an die ADD übersandt worden. Man habe dies in Mainz offensichtlich nicht als so wichtig angesehen. Gleichwohl habe das Thema an Aktualität durch die öffentlichen Diskussionen zum

Mittelrheinklinikum gewonnen. Der dortige Kreis und die Verbandsgemeinden würden zurzeit Diskussionen darüber führen, wie und in welcher Form Zuschüsse gewährt werden könnten, um das Mittelrheinklinikum zu retten. Es werde sich letztlich die Frage stellen, ob eine Verbandsgemeinde überhaupt Zahlungen leisten dürfe. Dies vor allem deshalb, da dies für die Verbandsgemeinden eine freiwillige Aufgabe darstelle, bei den Kreisen jedoch um eine Pflichtaufgabe handele. Kreise und kreisfreie Städte seien gesetzliche Träger der Krankenhausversorgung.

Die Prüfungen zu dieser Thematik seien momentan noch nicht abgeschlossen.

Joachim Maierhofer teilte mit, dass der Antrag auf Gewährung eines Zuschusses zur Sanierung der Stadtmauer von der Stadt Saarburg zurückgezogen worden sei, da die Finanzierung der Maßnahme anderweitig sichergestellt werden konnte.

Ausschussmitglied **Dieter Klever** teilte mit, dass ein Wegekreuz im Ortsteil Konz-Krettnach saniert werden müsse und wollte wissen, wer einen Zuschussantrag dazu an den Kreis stellen könne.

Joachim Maierhofer teilte mit, dass für die Antragstellung die Verbandsgemeinde zuständig sei.

Der **Vorsitzende** stellte daraufhin fest, dass durch die Rücknahme des Antrags der Stadt Saarburg auf Gewährung eines Zuschusses zur Sanierung der Stadtmauer eine Abstimmung zu Buchstabe a) hinfällig sei und nur noch über den Antrag zu Buchst. b) der Sitzungsvorlage abgestimmt werden müsse.

Sodann erging auf Vorschlag des **Vorsitzenden** der folgende **Beschluss**:

Der Ausschuss für Wirtschaft, Kreisentwicklung und Demographie beschließt, der Stadt Saarburg zu der notwendigen Maßnahme Sanierung der Burgruine Saarburg, für die in den Jahren 2019 und 2020 auszuführenden Mauerwerkssanierungen mit Gesamtkosten in Höhe von 331,000,00 € zur anteiligen Finanzierung eine Zuwendung aus Denkmalpflegemitteln des Kreises in Höhe von 30.000,00 € (9,06 % der Gesamtkosten) zu gewähren.

Der Beschluss erfolgte einstimmig.

6. Breitbandausbau im Landkreis; Information zum Sachstand **Vorlage: 0298/2019**

Der **Vorsitzende** nahm Bezug auf die Sitzungsvorlage zu diesem Tagesordnungspunkt.

Johannes Rausch berichtete ausführlich über den Stand des Breitbandausbaus im Landkreis.

Dabei sprach er auch die Problematik wegen des Überbaus durch die Deutsche Telekom an. Die Telekom habe in mehreren Verbandsgemeinden Kabelverzweiger mit Vectoringtechnik ausgebaut. Aufgrund technischer Probleme könne man diese Kabelverzweiger jedoch nicht nutzen.

Man habe deshalb einen Antrag für ein FTTB-Upgrade gestellt. Die hierzu erforderlichen Anträge auf Gewährung von Fördermitteln seien inzwischen gestellt worden. Man gehe davon aus, dass die notwendigen Entscheidungen über deren Bewilligung im Januar/Februar 2020 getroffen würden. Dieser gesonderte Ausbau werde jedoch erst nach Abschluss des derzeit laufenden Breitbandprojektes und Sicherstellung der Gesamtfinanzierung realisiert werden können.

Johannes Rausch teilte ferner mit, dass Ende August 2019 ein Markterkundungsverfahren initiiert worden sei, um in den Gewerbegebieten und Ortsgemeinden des Landkreises sogenannte „weiße Flecken“ zu identifizieren, damit diese ebenfalls noch ausgebaut werden könnten. Dieses Markterkundungsverfahren sei inzwischen abgeschlossen und die Ergebnisse hierzu müssten jedoch noch vom TÜV-Rheinland ausgewertet werden. Man gehe davon aus, dass diese Auswertung in Kürze erfolgt sein werde und man danach mit der Planung fortfahren könne.

Der **Vorsitzende** hielt den zusätzlichen Überbau mit Glasfaserkabel für eine missliche Situation, die aufgrund der Gegebenheiten am Markt oftmals zu solchen Parallelitäten führen würde.

Ferner wies er darauf hin, dass Bürger es oftmals nicht verstehen würden, warum ihr Anwesen oder ihre Straße nicht ausgebaut würde, obwohl man im Umfeld tätig sei. Dies hänge mit Fördermodalitäten und beihilferechtlichen Vorschriften zusammen, die beachtet werden müssten.

Bei Fragen sollten sich die Bürger an die Kreisverwaltung oder die zuständigen Breitbandkoordinatoren der Verbandsgemeindeverwaltungen wenden.

Ausschussmitglied **Karl-Heinz Ewald** berichtete, dass auch er bereits mehrmals angesprochen worden sei. Allerdings sei es sehr schwierig, den Bürgern diese Situation verständlich zu machen.

Johannes Rausch merkte an, dass man auf die Freigabe der Adressen durch den jeweiligen Anbieter angewiesen sei, um diese noch in das Förderprogramm aufzunehmen.

Rolf Rauland berichtete über den möglicherweise zukünftig anstehenden Gigabit-Ausbau. Sofern der Kreis auch hier tätig werden solle, müsste erneut eine Übertragung der Aufgabe von der örtlichen Ebene erfolgen.

Ausschussmitglied **Boris Bulitta** äußerte Bedenken hinsichtlich der Fertigstellung der Maßnahme bis Februar 2020.

Johannes Rausch bestätigte, dass der genannte Endtermin vermutlich nicht realisierbar sei. Man habe deshalb inzwischen bei den Fördermittelgebern eine Verlängerung zunächst bis zum 30.06.2020 beantragt und bewilligt bekommen. Die Verzögerung sei in erster Linie dadurch geschuldet, dass man, z.B. bei Gewässer- und Straßenkreuzungen auf verschiedene Genehmigungen von Behörden warte, da man auf diese angewiesen sei.

Ausschussmitglied **Boris Bulitta** stellte die Frage, ob eine Abdeckung der Haushalte zu 98 % mit einer Bandbreite von 100 Mbit/s tatsächlich realisierbar sei. Man gehe im Regelfall, beispielsweise in seiner Heimatgemeinde Ralingen, von einer Versorgung von derzeit 30 Mbit/s aus. Es gehe ihm deshalb darum, dass seitens der ausführenden Firma nicht mit falschen Sachverhalten und Werten argumentiert werde.

Johannes Rausch führte aus, dass nach Aussage der ausführenden Firma eine Nachbesserung erfolge, wenn Hinweise vorlägen, dass die Band-

breite von 100 Mbit/s bei den einzelnen Adressen nicht erreicht werden könnten.

Die genannten Werte seien als Zielvorgabe im Vergabeverfahren mit der ausführenden Firma verhandelt worden.

Boris Bulitta führt aus, dass es ihm genau um diese Zielvorgabe gehe, da hiernach das Projekt zu beurteilen sei.

Er frage deshalb, ob es eine Möglichkeit gebe, dass zeitnah, wenn das Projekt dem Ende zugehe, verlässliche Werte zur Beurteilung zur Verfügung gestellt werden könnten.

Johannes Rausch teilte mit, dass man den Netzplan von der ausführenden Firma demnächst erhalten werde. Der technische Berater werde die Daten sodann auswerten und könnten über diesen zur Verfügung gestellt werden.

Der **Vorsitzende** hielt die Frage nach der Bandbreite für berechtigt. Man benötige eine verlässliche Aussage dazu, ob der Auftrag letztlich erfüllt sei oder nicht.

Johannes Rausch führte hierzu aus, dass die ausführende Firma förderrechtlich an Hand von Messprotokollen die Bandbreite nachweisen müsse. Diese Protokolle würden sodann auch zur Verfügung stehen. Er selbst habe allerdings zurzeit darauf keinen Zugriff.

Rolf Rauland erläuterte, dass es sich ausschließlich auf die Adressen beziehe, die im Ausbau enthalten seien. Es gebe aber auch Adressen, die aus dem Förderprogramm herausfallen würden.

Boris Bulitta erwiderte, dass es ihm in erster Linie darum ginge dass die entsprechenden Daten auch weiter gegeben würden.

Johannes Rausch teilte mit, dass man für jede Information im Vorfeld dankbar sei. Man verfüge allerdings nicht über die technischen Möglichkeiten, den Verlauf einer Leitung nachzuverfolgen.

Es werde dem Kreis und den Verbandsgemeinden jedoch in Kürze eine Netzteilplanung zur Verfügung gestellt aus der der genaue Verlauf der Leitungen ersichtlich sei.

Der **Vorsitzende** verwies auf den technischen Berater, der gegebenenfalls konsultiert werden könne, um die entsprechenden Fragen zu klären.

Die Information wurde sodann ohne weitere Wortmeldung vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

7. **Kreishaushalt 2020; Bereich Kreisentwicklung, Denkmalpflege, Wirtschaft**
Vorlage: 0299/2019

Der **Vorsitzende** verwies auf die den Ausschussmitgliedern vorliegende Sitzungsvorlage, in der die Ansätze für den Kreishaushalt 2020 ausführlich dargestellt seien.

Hermann Becker wies zunächst darauf hin, dass die vorliegenden Sit-

zungsunterlagen noch um zwei weitere Übersichten ergänzt und als Tischvorlage ausgeteilt worden seien. Es handele sich dabei zum einen um die Investitionsübersicht und zum anderen um einen Haushaltsansatz zur Beteiligung an der Zentralen Beschaffungsstelle des Landes.

Sodann erläuterte er eingehend die Haushaltsansätze für den Bereich Wirtschaft und begründete deren Notwendigkeit.

Der **Vorsitzende** erläuterte sodann in diesem Zusammenhang den Anwenden des im Haushaltsplan aufgeführte Projekt „EduHub BNT“.

Das Balthasar-Neumann-Technikum (BNT) beabsichtige, Absolventen und Schülern der Einrichtung, einen Raum zu schaffen, um intensiv mit Firmen auf der Projektentwicklungsebene zusammen zu arbeiten. Der Leiter des BNT, Dr. Schäfer, habe berichtet, dass man jährlich über bis zu zweihundert Abschlussarbeiten verfüge, die sodann in einem solchen gemeinsamen Raum, digital gesteuert in den Markt gestellt werden könnten. Man verfüge seitens des BNT auch über Unternehmen als Partner, die in diesen Bereichen aktiv seien.

Es sei allerdings nicht möglich, das Projekt im regulären Schulgebäude durchzuführen, da das EduHub Tag und Nacht sowie an Wochenenden und Feiertagen zugänglich sein müsse.

Deshalb sei es wichtig, das Projekt unabhängig vom Schulbetrieb durchzuführen. Die Schule habe sich sodann nach der Zusage des Landkreises bereit erklärt, diese Räumlichkeiten selbst zu planen und die hierzu notwendigen Zulassungen (Bauvoranfrage, Baugenehmigung) einzuholen.

Die Bauvoranfrage sei inzwischen von der Stadt Trier genehmigt worden. Es handele sich hierbei um einen Anbau mit einem vorläufigen Kostenaufwand von rd. 310.000 €, der im Bereich des Parkplatzes der Schule errichtet werden soll. Ferner werde eine Personalstelle geschaffen, die das Projekt betreuen solle. Es handele sich hierbei um eine Schnittstelle zwischen Wirtschaftsförderung und Schule.

Man sei sich deshalb in den Kreisgremien darüber einig gewesen, das Balthasar-Neumann-Technikum als beste berufsbildende Schule der Region, wenn nicht sogar die beste im Land, bei diesem Projekt zu unterstützen.

Hermann Becker führte hierzu ergänzend aus, dass neben der Einstellung der Ansätze im Kreishaushalt noch andere Finanzierungsmöglichkeiten geprüft würden (z.B. Abwicklung über den Wirtschaftsplan der WFG als einmaligen Finanzierungsbeitrag oder einer zinsgünstigen Kreditfinanzierung). Die Gesellschafterversammlung der WFG werde am 11. Dezember darüber beraten und entscheiden.

Ausschussmitglied **Boris Bulitta** stellte im Rahmen der Kosten zum Breitbandausbau die Frage nach der Notwendigkeit zur Finanzierung des Markterkundungsverfahrens. Es irritiere ihn deshalb, da dem ganzen Projekt bereits eine Studie des TÜV-Rheinland zugrunde läge.

Johannes Rausch erläuterte, dass das letzte Markterkundungsverfahren 2016 durchgeführt worden sei.

Bei der nun anstehenden Erschließung der Gewerbegebiete müsse nach den einschlägigen Regeln ein vorheriges Markterkundungsverfahren durchgeführt werden.

Boris Bulitta stellte die Frage, ob es sich bei dem in der Vorlage aufgeführten Aufwand nur um Kosten für den Sonderaufruf Gewerbegebiete handele. Er halte diesen Kostenfaktor für immens hoch.

Johannes Rausch erläuterte, man habe einen Ansatz von 130.000 € für Beratungsleistungen zugrunde gelegt, um sich wegen der Landesförderung von bis zu 80 % möglichst am obersten Limit bewegen zu können. **Norbert Rösler** nahm sodann zu den Haushaltsansätzen für die Bereiche Denkmalpflege und Kreisentwicklung Stellung und erläuterte deren Notwendigkeit. Zu den im Haushaltsansatz aufgeführten Raumordnungsverfahren nahm **Joachim Maierhofer** kurz Stellung und erläuterte hierzu den Verfahrensablauf im Bereich Windkraft- und Photovoltaikanlagen.

Es erfolgten keine weiteren Wortmeldungen

Sodann erging auf Vorschlag der **Vorsitzenden** der folgende **Beschluss**:

Der Ausschuss für Kreisentwicklung, Wirtschaft und Demografie empfiehlt Kreisausschuss und Kreistag, die vorgetragenen Haushaltsansätze für den Bereich „Kreisentwicklung, Denkmalpflege und Wirtschaft“ im Rahmen des Kreishaushaltes 2020 zu beschließen.

Der Beschluss erfolgte bei einer Enthaltung einstimmig.

8. Mitteilungen und Verschiedenes Vorlage: 0300/2019

Der **Vorsitzende** nahm Bezug auf die Sitzungsvorlage und stellte noch einmal kurz die Eckpunkte der geplanten Maßnahmen zum Klimaschutz vor. Er berichtete darüber, dass bereits eine Sitzung des Umweltausschusses zu den Themen stattgefunden habe, auf der organisatorische Voraussetzungen für ein Klimakonzept erörtert worden seien. Ausschussmitglied **Boris Bulitta** bat um nähere Informationen zur geplanten Einrichtung einer Stelle für einen Klimaschutz-Manager. Der Vorsitzende beantwortete die Frage dahingehend, dass diese Stelle im Stellenplanentwurf noch nicht vorhanden sei. Das Thema sei aber im Umweltausschuss angesprochen worden und man sei dort der Ansicht gewesen, dass die Schaffung einer solchen Planstelle ratsam sei. Man werde im Rahmen der Beratungen zum Kreishaushalt hierüber zu entscheiden haben. Hierbei müssten sodann die Zielebene, die Stellenbeschreibung und die Profile der Stelle im Einzelnen festgelegt werden. **Boris Bulitta** teilte mit, dass sich die Stelle eines Klimaschutz-Managers in anderen Landkreisen in Rheinland-Pfalz, unabhängig von irgendwelchen Förderungen, bewährt habe.

Der **Vorsitzende** berichtete, dass man den Klimaschutz in den vergangenen Jahren überwiegend über die Energieagentur Trier abgewickelt habe. Unter anderem sei man auch dort bemüht gewesen, mehrere Themen zum Klimaschutz anzugehen und auch die entsprechenden Förderungen hierzu zu erhalten.

Norbert Rösler berichtete, dass der Umweltausschuss die Verwaltung beauftragt habe, das Anforderungsprofil für den Klimaschutz-Manager zu erarbeiten. Die Erfahrungswerte in anderen Kreisen würden aufzeigen, dass der Schwerpunkt der Arbeit in Beratungsleistungen zu den kreiseigenen Liegenschaften liegen werde, um dort Maßnahmen zu treffen und diese möglichst klimaneutral zu ertüchtigen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung mit einem Dank an die Teilnehmer.

Der Vorsitzende:

Der Protokollführer:

(Günther Schartz)
Landrat

(Thomas Dohm)
Amtsrat

Anlage:

Stellungnahme der Leitstelle Familie zum Tagesordnungspunkt 4